

Rostock, 05.07.2014

Beschluss des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Der Kreisvorstand der LINKEN. Stralsund mit ihrer Vorsitzenden Dr. Marianne Linke veröffentlichte am 02.07.2014 eine Pressemitteilung mit dem Titel „AfD und PseudoLinke – erstes kommunales Bündnis zwischen Mitgliedern der Linkspartei, CDU-FDP und AfD – mit Unterstützung der Landesvorsitzenden Heidrun Bluhm“.

Da weder Titel noch Inhalt der Wahrheit entsprechen, forderte die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm am gleichen Tag den Kreisvorstand mit Hilfe eines Anwaltes auf, die wahrheitswidrigen Behauptungen zurückzunehmen, öffentlich zu erklären, dass diese unwahr sind und künftig diese Behauptungen nicht zu wiederholen. Zu diesem Zwecke wurde eine „Strafbewehrte Unterlassungserklärung“ übermittelt, welche bis Montag, den 07.07.2014, unterzeichnet werden soll.

Entgegen dieser Forderung stellte der Kreisvorstand die betreffende Pressemitteilung am 03.07.2014 auf seine Internetseite und auch die Presseagentur „dpa“ recherchierte auf Grundlage dieser Veröffentlichung - sowohl „Schweriner Volkszeitung“, „Ostseezeitung“ als auch „neues deutschland“ berichteten am 04.07.2014.

Der Vorsitzende der Stralsunder Wählergemeinschaft „LINKE offene Liste“, Uwe Jungnickel, erklärte gegenüber der „dpa“, dass „es in Stralsund keine wie auch immer geartete Koalition der LoL mit anderen Parteien oder Wählergemeinschaften oder Einzelbürgerschaftsmitgliedern gibt.“

Für den Landesvorstand bleibt daher festzustellen: Weder in Stralsund noch in einer anderen Kommune in Mecklenburg-Vorpommern wird sich DIE LINKE mit Mitgliedern der AfD in Koalitionen oder sonstige Bündnisse begeben. Die von Marianne Linke verbreiteten Behauptungen entbehren jeglicher Grundlage und sind falsch. Richtig ist, dass der Kreisvorstand Stralsund erstmalig in der Geschichte unserer Partei nicht in der Lage war und somit seiner politischen Verantwortung nicht gerecht wurde, eine rechtlich unanfechtbare Liste der Partei zur Wahl der Bürgerschaft am 25.05.2014 aufzustellen. Die nun verbreiteten Unwahrheiten sind in ihrer Wirkung parteischädigend sowohl innerhalb, vor allem aber außerhalb der Partei.

Beschluss:

Der Landesvorstand fordert die Mitglieder des Kreisvorstandes auf, diese falschen Behauptungen sofort zurückzunehmen.

Der Landesvorstand unterstützt die Vorsitzende nach Verstreichen der Frist für die Unterlassungserklärung, die Unterlassung gerichtlich durchzusetzen.

Begründung:

Diese vom Kreisvorstand Stralsund initiierte öffentliche Beschimpfung mit eindeutig falschen Behauptungen führt zu einer öffentlichen Wahrnehmung der gesamten Landespartei, die inhaltliche Argumentationen zu politischen Zielstellungen unserer Partei in die Gesellschaft hinein in einem Maße überlagern, die uns nahezu politikunfähig machen kann und wird.

Es werden Mitglieder unserer Partei und Sympathisanten in ihrem persönlichen Ansehen öffentlich beschädigt.

Vor dieser Veröffentlichung hat der Kreisvorstand Stralsund keinerlei innerparteiliche Formen der politischen Auseinandersetzung zum Sachverhalt mit den Mitgliedern der LoL, die auch Mitglieder unserer Partei sind, mit der Landesvorsitzenden oder den Mitgliedern des Landesvorstandes oder anderer auch schlichtender Gremien der Partei gesucht. Eine innerparteiliche Schlichtung der konkurrierenden Meinungen innerhalb der Kreispartei in Stralsund wurde somit verhindert.